

„Handelsbedarf“

Wirtschaftsminister und Vizepremier Etienne Schneider hat keine Probleme, auf die drei Empfehlungen die richtigen Antworten zu geben. Bei ihrer Beurteilung der Fortschritte, die Luxemburg bisher gemacht habe, sei die anstehende Steuerreform nicht von der Kommission berücksichtigt worden.

Auch den Vorwurf, im Privatbereich würde nicht genug investiert, sieht er gelassen. Es sei normal, dass in Krisenzeiten weniger investiert werde. Jetzt, wo sich wieder Wachstum eingestellt habe, würden auch die Investitionen nach oben gehen, zeigte er sich zuversichtlich.

Den Handlungsbedarf bei der Armutsbekämpfung sieht er allerdings gegeben. Auch wenn er auf bereits ergriffene Maßnahmen wie Steuerreform, Mietzuschuss, Reform der Studienbörsen und den sozialen Wohnungsbau verweist. Schneider glaubt, dass die Kommission eigentlich Probleme hat, für Luxemburg Empfehlungen auszusprechen. Deren Zahl würde jedes Mal kleiner. Waren es bislang fünf sind es dieses Mal nur drei.

Der Minister griff die Anregung von CGFP-Präsident Emile Haag auf. Luxemburg sei eigentlich ein Vorbild in der EU, was die Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise angehe. Dies wolle man der Kommission vermitteln.

„Vorbildlich“

Emile Haag, Präsident der CGFP, plädierte dafür, besonders Alleinerziehende mit Kindern noch besser zu unterstützen. Bei ihnen liegt das Armutsrisiko bei über 44%.

Für junge Leute mit Nicht-Luxemburger Hintergrund oder für jene, deren beiden Eltern arbeiten, sollte an eine besondere pädagogische Unterstützung gedacht werden.

Generell meinte Haag, statt bei Luxemburg alles genauestens unter die Lupe zu nehmen und bei größeren Ländern unter Kurzsichtigkeit zu leiden, sollte man der Kommission empfehlen, den Luxemburger Erfolg zu analysieren und die Luxemburger Instrumente zur Bekämpfung der Krise anderen Ländern zu empfehlen.

„Soziales fehlt“

LCGB-Präsident Patrick Dury warf der EU-Kommission vor, nie auf die sozialen Aspekte einzugehen. Das gelte nicht nur für die Luxemburger Empfehlungen, sondern in ganz Europa. Die Kommission scheine hieran nicht interessiert zu sein. Immer noch gebe es in der EU keine gemeinsamen Sozialstandards und keinen verallgemeinerten Mindestlohn.



Foto: Fabrizio Pizzolante

Die Vertreter der Gewerkschaften hatten viel zu kritisieren

Probleme mit Empfehlungen

EUROPÄISCHES SEMESTER Kritik an EU-Kommission

Serge Kennerknecht

Im Wirtschafts- und Sozialrat erörterten Regierung und Sozialpartner gestern ihre Stellungnahmen zu den Empfehlungen der Europäischen Kommission im Rahmen des Europäischen Semesters. Für die Kommission gab es wenig Lob.

Dabei waren es nicht nur die Sozialpartner, die sich kritisch mit den Empfehlungen der Kommission auseinandersetzten. Auch Finanzminister Pierre Gramegna und Wirtschaftsminister Etienne Schneider hatten einiges zu beanstanden. Für Gramegna hätte sich die Kommission bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Situation des Landes z.B. die Aussage sparen können, Luxemburg würde

wohl kaum wieder an frühere Wachstumsraten herankommen. „Wir hatten im letzten Jahr über 4% und in diesem Jahr werden wir ähnlich liegen. Da hätte die Kommission ihre Zahlen doch etwas besser analysieren können“, bemängelte der Finanzminister. Man werde keine Probleme damit haben, richtige Antworten auf die Empfehlungen zu geben, so Schneider. Ausgehend von gesunden Staatsfinanzen und einem konjunkturellen Aufschwung gaben sich die anderen Beteiligten ebenfalls kritisch.

Nach der Erklärung zur Lage der Nation am 26. April will die Regierung den Nationalen Reformplan und den Stabilitäts- und Wachstumsplan Ende April definitiv verabschieden und nach Brüssel weiterleiten. Premier Xavier Bettel wohnte der Sitzung wegen anderer Verpflichtungen nur kurz bei.

Das Europäische Semester

Das sogenannte Europäische Semester ist Teil der verstärkten Haushaltsüberwachung der Europäischen Union. Dieses Instrument, das länderspezifische Empfehlungen verteilt, wurde 2011 im Rahmen der Europa-2020-Strategie eingeführt. Hierdurch soll eine frühzeitige Überprüfung der nationalen Haushalts- und Reformentwürfe sichergestellt werden. Im Idealfall wird die nationale Haushaltsdisziplin gestärkt. Es geht dabei um die Koordination der jeweiligen nationalen Politiken in den Berei-

chen Wirtschaft, Soziales und Umwelt. Zuerst erhalten die Länder politische Empfehlungen von der Kommission. Aufgrund dieser Empfehlungen erstellen die einzelnen Länder einen Stabilitäts- und Wachstumsplan und ein nationales Reformprogramm. Hierum ging es bei dem gestrigen Treffen im Wirtschafts- und Sozialrat. Ende des nächsten Monats lässt Luxemburg Brüssel die beiden Programme zukommen. Mitte Mai gibt die EU-Kommission ihre länderspezifische Empfehlungen ab.

3 Empfehlungen

Für 2015-2016 hat Luxemburg drei Empfehlungen von der EU-Kommission erhalten:

1) Die steuerliche Bemessungsgrundlage soll erweitert werden. Dies gilt besonders für Verbrauchsteuer, die Besteuerung von Immobilien und Umweltsteuern. Provisorische Einstufung: kein Fortschritt gemacht.

2) Der Unterschied zwischen dem gesetzlichen und dem effektiven Alter beim Rentenanstritt soll verringert werden. Hierfür soll die Zahl der vorzeitigen Rentenanstritte begrenzt und das gesetzliche Rentenalter an die Entwicklung bei der Lebenserwartung angepasst werden. Einstufung: keinen bis wenige Fortschritte gemacht.

3) Das System der Lohnfindung soll reformiert werden in Abstimmung mit den Sozialpartnern und gemäß nationaler Gepflogenheiten, damit sich die Lohnentwicklung an der Produktivität orientiert, besonders im sektoriellen Bereich. Einstufung: kein Fortschritt.

Gegenargumente

Dem Vorwurf der Kommission von wenigen Fortschritten bei den drei Empfehlungen hält die Regierung entgegen:

Zu Empfehlung 1)
a) Erhöhung der Mehrwertsteuer um 2% (auch auf Ölprodukten), auf 17% für alkoholische Getränke und auf Immobilien.
b) Steuerreform 2017

Zu Empfehlung 2)
a) Pensionsreform 2013 mit Bilanz in diesem Jahr
b) Reform der beruflichen Reklassierung
c) Reform der Vorruhestandsregelung
d) Gesetzesvorschlag für Alterspolitiken auf dem Weg

Zu Empfehlung 3)
a) Festhalten an der Lohnindexierung
b) Forschungsprojekt der Universität Luxemburg über sektorische Auswirkungen auf die Lohnentwicklung
c) der Wirtschafts- und Sozialrat wurde beauftragt, eine Produktivitätsanalyse zu erstellen, die Grundlage bei der Lohnfindung

„Falsche Grundlage“

OGBL-Präsident André Roeltgen ist es leid, dass die Kommission systematisch am luxemburgischen Lohnsystem und der Indexierung der Löhne rummängelt. Dabei würde die Kommission bei den sogenannten Lohnstückkosten von den nominalen Lohnkosten ausgehen. Doch seien sich sämtliche Experten einig, dass dies eine völlig falsche Berechnungsgrundlage für Länder mit einem hohen Dienstleistungsanteil wie Luxemburg sei.

Das Indexsystem in Luxemburg sei ganz wichtig für die Menschen, weil es die Anpassung der Löhne an die Inflation ermögliche. Hierdurch könnten dann auf sektorieller Ebene über reale Lohnerhöhungen verhandelt werden.

Generell sei die Kommission in ihren Beurteilungen schon etwas moderater geworden, so Roeltgen. So sei die Rentenmauer nach hinten verschoben worden.

Das Rentensystem in Luxemburg sei absolut gesund und würde die Staatsfinanzen auch langfristig nicht gefährden. Sollte es dennoch irgendwann einmal zu Problemen kommen, könne man immer noch über höhere Beiträge reden, was die Kommission bei ihrer Einschätzung vollkommen außer acht lasse. Eigentlich sollte diese sich vor allen Dingen um Ungleichheiten und Armutsbekämpfung kümmern. Dass bei den Renten nichts geschehen sei, lässt Roeltgen nicht gelten.

Durch die Reform im Jahre 2013 wird jemand, der 2060 in Rente geht, nach 40 Jahren Arbeit, 15% weniger bekommen als heute. Und dann sage die Kommission, es sei nichts geschehen. Sind 15% weniger denn Nichts, fragt sich Roeltgen?

„Brauchen Kompetivität“

Michel Wurth, Präsident des Unternehmerverbandes UEL, sprach sich für eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Luxemburger Betriebe aus. Weiter müsse ein Umfeld geschaffen werden, das Investoren nach Luxemburg bringt. Wenn dies gelänge, würden auch andere Wirtschaftszweige davon profitieren können. Wurth mahnte zur Vorsicht. Zwar verzeichne man Hochkonjunktur, doch das makroökonomische Umfeld, siehe China und Europa, sei nach wie vor fragil. Er regte dazu an, finanzielle Reserven zu schaffen.

Die hohe Investitionsrate in Luxemburg sei zu begrüßen. Allgemein sollte man jedoch bei den Ausgaben vorsichtiger sein. Luxemburg sei in Europa das Land, das die meisten staatlichen Ausgaben pro Kopf zu verzeichnen hätte.